

metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark. Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto Bank der Arbeit, Angestellten und Beamten, 21.-G.
Berlin S. 14 - Postcheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rödelstraße 16
Telefon S.-21 62841

Erscheint wöchentlich am Sonntag
Einzelnenpreis: Für den Stellenmarkt die 10 geprägte Millimeter
Seite 90 Pf. Eingetragen in die Reichspostzeitungsgeliste.

Der Spruch des Volkes

F. K. Die deutschen Wähler haben nun ihr Urteil gesprochen. Es ist unmöglich verständlich deutlich gegen die Reaktion und für den Fortschritt ausgefallen, und es kann getrost als ein kräftiges Votum zum republikanischen Gedanken buchstabiert werden. Eine andere Deutung läßt die millionenfältige Auswanderung der Wähler von rechts nach links nicht zu. Von der Wählerschlucht sind, abgesehen von der Wirtschaftspartei, alle bürgerlichen Parteien schwer betroffen worden, am ärgersten indessen die beiden Hauptkandidaten des Bürgerblots, nämlich die Deutschnationalen und das Zentrum. Bei den Deutschnationalen habe die Flucht 1,8 Millionen Mann hoch ein, auf ihrem Wege nach links rissen sie von der Volkspartei 400 000 und beim Zentrum wie bei den Demokraten ebensoviel mit. Dem Wählerverlust entsprechend ist die Einbuße an Abgeordnetenzahlen, der bei diesen vier Parteien nicht weniger denn 51 ausmacht. Die Gewinner des Wahltages sind fast ausschließlich die beiden Arbeiterparteien, die Sozialdemokratie und die Kommunisten, die beide zusammen 12,3 Millionen Stimmen erhalten, was einen Zuwachs von 1 746 000 bedeutet. Im besonderen wuchs die Sozialdemokratie von 7 836 000 auf 9 111 000, die Kommunisten von 2 711 000 auf 3 232 000 Stimmen. Die Sozialdemokratie wird im künftigen Reichstag statt 131 Abgeordnete 152, die Kommunisten statt 45 Mandate 54 zählen.

Die größten Verlierer des Wahltages sind die Deutschnationalen, deren Stimmenzahl von 6 209 000 auf 4 359 000 zurückgegangen ist. Dieser Verlust ist auch insofern bedeutsam, als die Deutschnationalen über eine weitverbreitete und stupende Presse verfügen und ihnen das Geld der Großindustrie und des Grundbesitzes in diesem Strom eingeslossen ist. Der Rückgang der deutschnationalen Wählerschaft zeigt, daß man nicht alle Welt alle Zeit betrügen kann, oder, wenn man will, daß seit 1924 die Urteilsfähigkeit und die politische Vernunft erfreulich angewachsen hat. Vor vier Jahren ließen hunderttausende von unseren Bürgern, die den vom Staate vollzogenen Diebstahl, Inflation genannt, um ihr Hab und Gut gebraucht und zur Verweisung gezwungen waren, zu den deutschnationalen Rattenfängern, weil diese ihnen in dreifester Unbekümmertheit Rettung und Aufwertung versprachen. Diese leichtgläubigen Bürger nutzten bald die Erfahrung machen, daß sie mit ihren Wahlsätzen nur eine Sippe stark gemacht hatten, die im Schinden und Scheren der Volksmasse ihresgleichen sucht. Durch den Wahlerfolg von 1924 wurde die Junkersippe nur wieder in den Stand gelegt, ihr in langer Übung gestähltes Talent im Büchern, Wirtschaften und Rückwärtsschießen aufs neue zu bewahren. Sie haben das mit einer augenöffnenden Rücksichtslosigkeit besorgt. Nach einer kurzen Betrachtungsweise der deutschnationalen Regierungskunst kommt man zu dem Schluss, daß sie sich in ihrem Eifer, sich die Taschen zu füllen und die Republik zu unterhöhlen, doch etwas zu sehr übernommen haben. Weniger wäre um ihrer Kaste willen mehr gewesen. Doch Maßhalten ist eine unserer Junkern unbekannte Tugend. Sie könnten nicht mehr anders, als der Welt zu beweisen, daß sie nur noch Reste eines ein für allemal verschlossenen Zeitalters sind, die Rücksichtslos in die Grube geschoben zu werden verdienten. Damit ist am 20. Mai ein entsprechender Anfang gemacht worden.

Man hätte nicht gut von Nemesis reden können, wäre am 20. Mai nicht auch der schwerindustriellen Volkspartei und dem klerikalen Zentrum das Urteil gesprochen worden. Denn beide sind kaum weniger verantwortlich für die namenlose Drangsali, die das neue Deutschland und sein arbeitendes Volk die letzte Zeit hat erdulden müssen. Sehr viel Schuld an unserm Unheil trägt jedenfalls das Zentrum. Ihm sind die Rechtsgesetzungen mit ihrem reaktionären Drum und Dran in erster Linie anzuschreien. Wir, die wir das Wesen des Zentrums zu kennen glauben, würden uns nicht, daß es länger doko ausgebrochen zur Hilfsmannschaft der monarchistischen und wirtschaftlichen Reaktion geworden ist. Aber bei seinem proletarischen Anhang segte helles Wundern ein. Es wurde allgemein sichtbar, als es galt, unermäßliches Volksgut vor der Habgier der Fürsten zu retten. Starke Haufen katholischer Arbeiter können es nun einmal nicht mit ihrer Auffassung vom Christentum vereinbaren, daß man eines armen Volkes Gut schwerreichen Fürsten zuschiebt und daß man mit den Großen flächig lebender Eigentümer die weiten Taschen der Zollwucherer und Lohnquetscher füllt. Dem Wundern folgte die Tat. Sie begann bei der Abstimmung über die Fürstenabfindung, und sie ging in verstärktem Maße weiter jetzt bei der Wahl. In jedem der westlichen Wahlkreise, dann aber auch in Württemberg und in Baden, kurz in den klerikalen Hochburgen ist die Auswanderung der Wähler geradezu bestürzend. Eine solche Massenflucht hat die Zentrumspartheid noch nicht erlebt. Sie, die als unerschütterlich gilt, ist nun in ihren Grundfesten erschüttert.

Die Zentrumspartheid, die durch ihre Kapitäne die Ohren stets am Boden hat, wird die Quittung, die ihr ihre bisher treuesten Hänger für ihre Politik ausgestellt haben, wohl zu beherzigen werden. Vielleicht auch nicht. Es wird in der Tat vielfach angenommen, daß das Zentrum nur, nachdem es in der Regierung die reaktionären Belange gefördert hat, sich bemühen werde, in einer Regierung mit den linken Parteien eine fortgeschrittliche Politik zu hemmen, nein, zu hinterreiben. Aus dem Urteil des Zentrums spricht viel für diese Annahme. Allein, in großen Dingen schlägt zu sein, hat sich immer noch recht kaum erwiesen. Gegen diesen Machiavellismus gibt es ein ganz probates Mittel, nämlich volle Öffentlichkeit des Zusatz und Treibens der Regierung und ihrer Parteien. Auch die katholischen Arbeiter sind für politische Dinge

ziemlich scharfsichtig geworden und es ist wahrscheinlich bis zur Gewißheit, daß sie fortan das Verhalten der Parteien noch härter verfolgen werden. Und wenn das Zentrum eine fortschrittliche Politik nicht gebührend fördern oder gar hemmen sollte, dann wird ihr das bei der nächsten Wahl noch deutlicher als bei der jetzigen quittiert werden.

Ein Blick auf das Kräfteverhältnis der Parteien im Reichstag lehrt, daß auch weiterhin nur eine Koalition regieren möglich ist, allerdings eine der linken Parteien. Daß die Sozialdemokratie, die in noch höherem Grade die Vertrauensträgerin der Wählerschaft geworden ist, in der neuen Regierung ihrer Stärke nach vertreten sein muß, halten wir für ganz selbstverständlich. Damit wird übrigens auch allezeitig gerechnet. Ein üddeutschisches Blatt meinte dieser Tage, es sei zu befürchten, daß die Sozialdemokratie nun noch ratsloser auftreten werde. Wir wollten, es wäre so. Wir wollten, unsere Genossen im Reichstag und in der Regierung wären mindestens ebenso radical, wie es die Deutschnationalen immer sind. Diese haben unseren Genossen das Maß der Rücksichtslosigkeit bei der Verfehlung der Forderungen geliefert. Die Sozialdemokratie hat zur Rücksichtslosigkeit das moralische Recht auf ihrer Seite, denn sie übt sie um der überwältigenden Mehrheit des Volkes und um der Stärkung des demokratischen Staates willen, während sie die Deutschnationalen nur für die Belange einer kleinen englirigen Schicht anwendeten. Die Rücksichtslosigkeit

gebührte. Sie war in der Partei, die die Taschen zu füllen und die Republik zu unterhöhlen, doch etwas zu sehr übernommen haben. Weniger wäre um ihrer Kaste willen mehr gewesen. Doch Maßhalten ist eine unserer Junkern unbekannte Tugend. Sie könnten nicht mehr anders, als der Welt zu beweisen, daß sie nur noch Reste eines ein für allemal verschlossenen Zeitalters sind, die Rücksichtslos in die Grube geschoben zu werden verdienten. Damit ist am 20. Mai ein entsprechender Anfang gemacht worden.

An die gesetzliche Einführung des Achtstundentages hat sich die Schaffung einer wirklichen und ausgebaute

Wirtschaft demokratische anzuschließen, da diese ja die große Voransetzung dafür ist, die politische (formale) Demokratie in eine soziale zu wandeln. Achtstundentag und Wirtschaftsdemokratie sind die allerersten Notwendigkeiten, die zu erfüllen sind. Freilich, nicht weniger notwendig ist die gleichzeitige Durchsetzung der Staatsverwaltung mit demokratischen Menschen. Bei dieser unaufziehbaren Sache sollte man es wenigstens diesmal nicht an Tatkraft fehlen lassen. Denn was nützen gute Gesetze und die besten Absichten, wenn sie von einer Bürokratie in ihr Gegenteil verkehrt werden? Die Durchsetzung der Beamtenschaft mit demokratischen Menschen darf bei der Justiz keineswegs halt machen. Was unsere Justiz die letzten Jahre an Parteilichkeit und Unmenschlichkeit verübt hat, läßt sich schwer in Worte kleiden. Die Vermenschlichung der Justiz müßte mit dem gleichen Nachdruck vollzogen werden, den der unvergleichliche Justizminister Dr. Emminger bei ihrer Verschlechterung lebhaft liegen ließ.

Es warten, wie gesagt, sehr viele und dringliche Aufgaben der Erfüllung durch die Sozialdemokratie. Wir haben vor allem den einen Wunsch, daß sich unsere Vertretung im Reichstag und in der Regierung den gewiß nicht geringen Anforderungen gewachsen zeigen möge. In Widerständen wird es ihr bestimmt nicht fehlen. Alle anderen Parteien werden ihre Grüße und ihre Kraft auswenden, um die Tatkraft unserer Genossen zu unterstützen und herabzuwürdigen. Dagegen ist die Beseitigung der Kulissen ein treffliches Mittel, denn dann kann die ganze Öffentlichkeit sehen, wer sich ehrlich um das Wohl des Volkes und des Staates bemüht und wer nicht. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß unsere Parlamentsvertreter mehr denn je ihre ganze Tatkraft für die Erfüllung der vielfältigen Notwendigkeiten einzusetzen und dafür schon bei der Auswahl der Genossen zu den staatlichen Posten die Voraussetzung schaffen. Unsere Genossen werden, so müssen wir annehmen, die nächsten vier Jahre eine Politik betternd, die sich sehen lassen kann. Und sie werden das mit einer Nachdrücklichkeit tun, wofür die Gegner den Rückstab geliefert haben. Wenn Kühnheit, Tatkraft und volle Offenlichkeit der Regierungstätigkeit unserer Genossen nicht mangelt, kann die Sozialdemokratie dem Wähler noch getroster als diesmal

Luxuszug und Gazillenkutsche

Beseitigung des Klassenstaates im Bahnbwesen

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft stellt jetzt neue Wagen in Dienst, die allerdings erst auf einer einzigen Strecke laufen sollen. Ab 15. Mai verkehren von Holland zur Schweiz und umgekehrt je ein Schnellzug, sogenannte FF-D-Züge, die den Namen Rheingold tragen. Diese auf dem Rhein entlang fahrenden Züge erhalten eine Geschwindigkeit von 90 Kilometer die Stunde. Sie werden mit Wagen zusammengelegt, wie sie bisher noch nirgends gebaut wurden. Man kann damit in 24 Stunden von London nach Zugern fahren. Auf der fast 700 Kilometer langen deutschen Strecke wird die Lokomotive nur ein einziges Mal abgelöst. Die Züge haben natürlich nur erster und zweiter Klasse. Wie luxuriös diese eingerichtet sind, mag aus folgendem hervorgehen. In dem Wagen erster Klasse sind sowohl größere Saalräume als auch kleinere Abteile zu vier und zwei Plätzen vorhanden. Den Reisenden dieser Klasse stehen als Spielplätze besonders sorgfältig gearbeitete, verschließbare Einzelpolsterstoffsessel vor. Die Reisenden, die das Glück haben, in solchen Zügen fahren zu können, brauchen sich nicht mehr nach dem Speisewagen zu bemühen, sondern den Reisenden werden Speisen und Getränke an ihren Plätzen serviert. Es ist unnötig

zu sagen, daß auch luxuriöse Neuerungen und Errungenschaften in

derart nicht beliebt, für genugende Ergeignisse zu sorgen. Von den schlechten Ausfällen oder der langen Beförderung ganz zu schweigen. Daß die Gäste solcher Bahnwagen ganz geradert und schon müde an ihrer Arbeitsstelle erscheinen, ist einleuchtend. Und dieses Schindluderpiel wird an Reisenden verübt, die die Bequemlichkeit der Reisenden der beiden ersten Klassen mit zu bezahlen haben.

In der Unterschiedlichkeit unserer Bahnwagen der ersten

und der vierten Klasse drückt sich der Geist unserer Bahnbehörde oder des Reichsbahnaministers aus. Eine Behörde oder dieser Minister ist, wie die Bevölkerung der Bahnwagen bezeugt, noch von der Ansicht beherrscht, daß für die Reichen das beste gerade gut genug, für die Armen das Schlechteste noch nicht schlecht genug ist. Wäre es nicht so, die Wagen der vierten

Klasse wiesen ebenfalls Sauberkeit und Bequemlichkeit auf und

die Reisenden der vierten Klasse hätten gleichfalls Schnellzüge

und Liegegelegenheit. Dies wäre auch wirtschaftlich ein beträchtlicher Gewinn. Denn in der vierten Klasse reisen Arbeiter, also Bürger, die Werte erzeugen und deren Zeit und Kraft mindestens ebenso wertvoll ist wie die der Fahrgäste der ersten Klasse. Da aber Bahnbehörde und Reichsverkehrsminister immer noch von dem Geiste des Obrigkeitsstaates beherrscht sind, werden die volkswirtschaftlich so wertvollen Arbeiter wie Heringe in ratternden Kisten zusammengepfercht, während die Reichen in behaglichen Polsterstoffsesseln schnellfahrender Züge befördert werden. Das schlimmste daran ist, daß die Reisenden der unteren Klassen den Luxus der Reisenden in den oberen Klassen bezahlen müssen.

Künftig ging durch die Tagespresse die Mitteilung, der jegliche Reisende der vierten Klasse überzugehen; an Stelle der vier Klassen solle es künftig nur noch zwei Klassen, eine Holz- und eine Polsterklasse geben. Diese Kunde berührt uns recht angenehm. Denn unser Bierklassensystem, diese abschreckende Schöpfung der Sozialdemokratie, gehört längst abgeschafft. In England gibt es nur zwei Klassen, und auch die unterste hat gepolsterte Sitze. In Nordamerika besteht nur eine Klasse. Dort hat jeder Reisende einen Polsterstoffsessel mit Armlehnen und Fußstütze, der in alle Lagen zu stellen ist und wo man bequem sitzen, liegen und schlafen kann. So gut wie man in England mit zwei Klassen und Nordamerika gar nur eine Klasse hat, können wir gleichfalls mit zwei Klassen, unserer Meinung nach mit einer Klasse sehr wohl auskommen, zumal durch die Vereinfachung ein gewaltiger gesicherter Gewinn zu erzielen ist, da ja, wie jeder Reisende weiß, die erste und die zweite Klasse gar oft ganz leer mitlaufen, während die dritte und vierte überfüllt sind. Somit Grund genug für uns, die angekündigte Vereinfachung rücksichtslos zu begrüßen. Doch ungeteilte Freude wird einem in dieser alldemokratischsten Republik nicht zuteil. Gleich nach der ersten Kunde kam die Mitteilung, daß die Reichsbahngesellschaft eine Tarif höhungs fördere. Die vierte Klasse sollen wir zwar loswerden, aber auch eine Besteuerung der künftigen zweiten Klasse erhalten. Deren Preis soll um 12 v. H. über den Preis der heutigen vierten Klasse hinaufgesetzt werden. Wie sich die Regierung zu der dreisten Forderung der Reichsbahn-Gesellschaft stellt, bleibt abzuwarten.

Vor in Karlsruhe tagende Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt daher, daß mit dieser Politik nicht nur innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes, sondern innerhalb der gesamten freien Gewerkschaften unter allen Umständen gebrochen werden muß.

Durch die immer größere Konzentration des Kapitals im nationalen sowie internationalen Maßstabe ist es notwendig, daß unter allen Umständen sofort die Industrieorganisationen, wie sie seitens der Opposition aus mehreren Verbandslagen schon gefordert wurden, gewahrt werden.

Daraüber hinaus muß unter allen Umständen eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes nicht nur der Metallarbeiter, sondern für alle Berufsgruppen unter Einschluß der russischen Gewerkschaften geschaffen werden.

Der Verbandstag erklärt, daß wir nicht durch die sogenannte neue Ideologie der Wirtschaftsdemokratie zum Sozialismus kommen. Der Vorstand wird daher beauftragt, mit allen Mitteln gegen diese Illusionen den Kampf zu führen.

Daraüber hinaus muß für die Zukunft der härteste Kampf gegen die Zwangsschiedssprüche, für den starken Arbeitstag, für höhere Löhne gefordert werden.

Gleichzeitig muß eine planmäßige Vorbereitung und Organisation der Revolution zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch den Metallarbeiter-Verband erfolgen.

2. Industrieverbände

Braunschweig, M. Gladbach, Hamburg, Solingen, Böhlert, Lange u. Gen., Leipzig, Mödder-Nachen, Nagel-Dresden (Abz. 1), Büneburg, Niesa. Der 18. Verbandstag wolle beschließen: 1. Der Vorstand wird beauftragt, mit allen in Frage kommenden Verbänden, wie Verlehrbund, Staats- und Gemeindearbeiter, Maschinenbau und Heizer, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter usw., Verhandlungen einzuleiten mit dem Ziele einer Verständigung über die Schaffung großer Industrieorganisationen.

2. Entsprechend den Vereinbarungen mit dem Vorstand des Verbandes der Ruppersdorff-Miete Deutschlands vom Jahre 1922 und dem Beschuß ihres Verbandstages vom 29. Juni 1926 in Leipzig mit dieser Organisation zum Zwecke der endgültigen Verschmelzung die Verhandlungen aufzunehmen.

3. Die Delegation der Metallarbeiter zum Hamburger Gewerkschaftskongress wird beauftragt, auf dem Kongress mit aller Energie für die Schaffung von Industrieverbänden einzutreten. Als Vorbereitung für die Bildung von Industrieverbänden ist zu fordern die Vereinheitlichung der Gewerkschaftseinrichtungen in der Beitragszahlung und dem Unterstützungsweisen.

4. Unbedingt der Annahme oder Ablehnung des DGB-Klage auf dem Gewerkschaftskongress wird der Vorstand verpflichtet, die Verhandlungen mit allen Verbänden, die im Prinzip für die Industrieorganisationen sind, weiterzuführen und die Arbeiterschaft öffentlich über den Gang der Verhandlungen ständig zu unterrichten. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ist eine großzügige Propaganda durch den Verband unter der deutschen Arbeiterschaft für den Gedanken der Industrieverbände einzuleiten.

Duisburg. Die am 28. April 1928 im Gewerkschaftshaus Duisburg tagende Generalversammlung des DGB, Ortsverwaltung Duisburg, erkennt an, daß der Vorstand des DGB alles getan und nichts untersucht gelassen hat zur Schaffung von Industrieverbänden. Insbesondere verweisen wir auf die beiden letzten Gewerkschaftskongresse des ADGB. Die nationale wie internationale Konzentration des Kapitals erfordert jedoch immer dringender die Schaffung von Industrieverbänden. Darauf beauftragt der 18. Verbandstag den Vorstand, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln nach dieser Richtung hin wie bisher weiterzuarbeiten.

Hanau. Der Vorstand wird beauftragt, mit allen in Frage kommenden Verbänden Verhandlungen einzuleiten mit dem Ziele einer Verständigung zur Schaffung von Industrieverbänden. Die Delegation zum Hamburger Gewerkschaftskongress wird beauftragt, für die Schaffung von Industrieverbänden einzutreten. Der Vorstand wird beauftragt, unter der Mitgliedschaft mehr als seither den Gedanken der Industrieverbände zu propagieren und für die Vereinheitlichung des Industrieverbandes der Metallarbeiter Vorzorge zu treffen. Die Verhandlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit dem Verband der Ruppersdorff-Miete Deutschlands betr. Verhandlung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind zu beschleunigen.

Ingolstadt. Der Verbandstag wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, Unterhandlungen einzuleiten mit den berufsverwandten Verbänden, um in Kürze den Industrieverbund ins Leben rufen zu können.

Leipzig. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand ernst, sich beim Bundesvorstand des ADGB für eine beschleunigte Durchführung von Industrieverbänden einzulegen. Sollte eine Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand nicht zu erreichen sein, so erwartet der Verbandstag vom Vorstand, daß er sich mit den in Frage kommenden Organisationen in Verbindung setzt, damit die Durchführung der Industrieverbände auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg gewährleistet wird.

Bremmer-Ahrendorf, Rupprecht-Mackenbach, Geitler u. Gen., Martin-Luther. Die Reorganisation der deutschen Industrie, die immer mehr in Errscheinung tretende Vertiefung und Konzentration führt zur ungeheuren Machtausübung der gesamten deutschen Bourgeoisie.

Den gegenüber wird von den Gewerkschaften immer noch zum Teil aus absolut steinischen Rücksichten die Organisation der Berufsverbände aufrechterhalten.

Dies bedeutet eine Verringerung der Schlagnahmefähigkeit gegenüber dem Kapital. Der Verbandstag beschließt deshalb, den Vorstand zu beauftragen, mit den in Frage kommenden Verbänden der Schlüsselindustrie sofort in Verhandlungen zu treten.

Weiter beauftragt der Verbandstag die Delegation der Metallarbeiter zum Gewerkschaftskongress, mit aller Energie für die Schaffung großer Industrieverbände auf dem Kongress und auf die früheren Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zur Schaffung solcher Organisationen hinzuwiesen und deren Durchführung zu fordern.

Münster u. Gen.-Kaiserslautern. Schnellere Vereinheitlichung der Industrieverbände.

Berlin. Der Verbandstag beschließt: Der DGB wird aufgefordert, den Beschuß des Leipziger Gewerkschaftskongresses 1922 zur Industrieorganisation endlich durchzuführen. Die Delegierten zum Gewerkschaftskongress werden verpflichtet, dafür mit aller Kraft einzutreten, gleichzeitig wie die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses ausfallen werden.

Da alle Parteien der Metallindustrie wird in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1928 eine Betriebsaktion unter der Parole „Ein Betrieb – ein Verband“ durchgeführt. Die Betriebsräte und Funktionäre des DGB sind angedeutet, daran zu mitwirken, da die Mitglieder anderer freier Gewerkschaften, die in Metallbetrieben tätig sind, zum DGB übergetreten. Betriebsaktionen in den Betrieben der Metallindustrie dürfen nur für den DGB gültig werden.

3. Schlichtungsordnung

Braunschweig, Solingen, Böhlert u. Gen., Waldenburg (Schl.), Buchholz u. Gen., Elbing, Lange u. Gen., Leipzig, Schleife-Boron, Dresden, Geitler u. Gen., Martin-Luther (bis einschließlich Abz. 1), Böhlert, Weimar, Brummett-Wienberg (Abz. 1, 2 und 3) insgesamt wie Braunschweig, aber etwas zusammengesogen). Böhlert, Elbing, Elmsch. Der Verbandstag lehnt das harsche Zwangsschlichtungsverfahren prinzipiell ab. Der bürgerliche Stand ist das Geschichtsinstrument der bestehenden Klasse, folglich muß auch das Schlichtungsrecht im kapitalistischen Staat gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet sein. Es beweist dies die Zeitschrift der Karl Marx und Friedrich Engels im „Komm. Monat“.

Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausdruck, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie vertritt.

Der Verbandstag konstatiert, daß unter dem Schutz der staatlichen Schlacht die Unternehmer ihre Gewinne fortgesetzt steigern können, während des Reallohn trotz Hochkonjunktur und Rationalisierung seit Jahr und Tag im besten Fall durchschnittlich auf gleicher Höhe gehalten ist. Wie vor der allgemeine Spanne zwischen Löhnen und Profiten so groß wie heute, das heißt nie war die Ausbeutung so hoch wie gegenwärtig.

Indem der Verbandstag die Ausmerksamkeit auf diese Feststellung lenkt, erläutert er mit diesem Nachdruck, daß das gewerkschaftliche Interess, den allerschärfsten prägnantesten Kampf nicht nur gegen das staatliche Schlichtungsrecht erfordert, sondern daß es notwendig ist, die gewerkschaftlichen Forderungen auch trotz und gegen die verbindlich erklärten Schiedssprüche durchzusetzen.

Der Verbandstag erklärt ferner, daß das Schlichtungsrecht mit seinen für die Arbeiter so verhängnisvollen Auswirkungen unmöglich wäre, wenn bei den maßgebenden Gewerkschaftsführern der Willen bestünde, dagegen mit allen verfügbaren Mitteln einzutreten. Aber dieser Willen ist nicht vorhanden. Ein Gegen teil, unter den Gewerkschaftsführern gibt es nicht wenige, die aus staatshaltenden Gründen als eifige Befürworter des Schlichtungswesens dasselbe mit allen seinen Konsequenzen in Kauf nehmen.

Darauf erklärt der Verbandstag mit aller Offenheit, daß mit dem Schlichtungssystem nur dann ausgeräumt, die Belästigungen des Streitrechts nur dann beseitigt werden können, wenn die Arbeiter verstehen, daß zusammen mit dem Schlichtungswesen auch der Geist der Arbeitergemeinschaft in der Arbeiterbewegung ausgetötet wird und alle seine Repräsentanten von verantwortlichen Posten in der Gewerkschaftsbewegung entfernt werden.

Barmen-Elsfeld. Der Verbandstag wolle Richtlinien für den

hauptvorstand festlegen, welche verhindern, daß jeder Schiedsspruch nach Verbindlichkeitserklärung unerkannt wird und daß in Zu-

kunft auch gegen die verbindlich erklärte Schiedssprüche alle ge-

werkschaftlichen Kampfmittel angewandt werden.

Bremen. Die Generalversammlung des DGB, Ortsvertretung

Bremen, fordert vom Verbandstag, für die Beseitigung des

Schlichtungswesens zu kämpfen, da sich die bisherigen Schiedssprüche bei Lohnkämpfen stets zum Schaden der Arbeiter ausgewirkt haben und die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche in Wirklichkeit einen Rand des Streitrechts der Arbeiter darstellt.

Bergedorf. Der Vorstand wird beauftragt, mit größter Energie über

den ADGB auf die Reichsregierung einzutreten, daß die Schlichtungsordnung in der Weise abgeändert wird, daß eine Verbindlich-

erklärung eines Schiedsspruches nur durch einen Mehrheitsbeschuß einer einsehenden Schlichterfamilie erfolgen kann, wobei die

Schlichterfamilie zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmer- und Arbeit-

geberberufenen mit dem unparteiischen Schlichter als Vorhenden

zusammengesetzt werden soll.

Chemnitz. Der Verbandstag beschließt, den Vorstand zu beauftragen, im Ausschuß des ADGB dahin zu wirken, daß die gesamten ge-

werkschaftlichen Mitteln zur Anwendung gebracht werden zur

Beseitigung der Auswüchse des Schlichtungswesens.

Crimmitschau. Der 18. ordentliche Verbandstag erklärt: Das gege-

nach veränderte Schlichtungswesen wird sich immer mehr zum

Nachteil der Arbeitnehmer aus und muß deshalb durch Entfernung

aller gewerkschaftlichen Mitteln bekämpft werden.

Freiburg (Schl.). Die Lohnbewegungen sind ohne Benutzung des

Schlichtungswesens zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

Stand wird beauftragt, den schärfsten

Kampf gegen die Schlichtungsweise zu führen, für erweiterte

